

Aufruf zum Holocaustgedenktag

vom Bündnis gegen Rechtsextremismus Schleusingen

Schleusingen. In diesem Jahr starb Altbundespräsident Roman Herzog. Unvergessen wird er auch deshalb bleiben, weil er den 27. Januar zum Holocaustgedenktag ernannt hat. Mit dem Gedenken ist die Verpflichtung verbunden, nie wieder ein solch verbrecherisches System zuzulassen.

Damals hat es mit einer Radikalisierung und Spaltung der Gesellschaft begonnen. Einzelne Bevölkerungsgruppen wurden als Sündenböcke Ziel von immer schlimmeren Angriffen. Brandstiftung und Mord gehörten zum Mittel der Auseinandersetzung, bis schließlich im Januar 1933 durch einen demokratisch legitimierten Akt die Demokratie abgeschafft wurde. Dieser ungeheuerliche Akt war möglich, weil bürgerliche Parteien die Ziele der NSDAP und die entsprechenden Konsequenzen unterschätzt haben.

Es gibt erschreckende Parallelen zu unserer Zeit. Damals wurden Menschengruppen wie z.B. Juden, Sinti und Roma zu Sündenböcken gemacht. Heute sind es Menschen, die in unserem Land Zuflucht suchen. Wir erleben eine unglaubliche Verrohung der Gesprächskultur. Offen wird bei Facebook und Twitter, auf Kundgebungen und Aufmärschen der Extremen Rechten zu Gewalt an Flüchtlingen und Andersdenkenden aufgerufen.

Viele Menschen in unserem Land befürchten, durch den Zugang von Flüchtlingen Einschnitte in ihrem eigenen Wohlstand hinnehmen zu müssen. Extrem rechte Parteien nutzen diese Ängste und Vorbehalte in der Bevölkerung. Das Flüchtlingsthema wird instrumentalisiert, um die gesamte Naziideologie anschlussfähig zu machen. Jetzt muss es darum gehen, unsere offene, tolerante und menschenfreundliche Gesellschaft zu verteidigen. Dazu braucht es das Bekenntnis aller Menschen, die es gut meinen (Gutmenschen). Menschen, die bisher darauf vertrauten, dass die Bündnisse gegen Rechtsextremismus schon genug tun gegen den braunen Spuk müssen dazukommen. Unentschlossene, die vielleicht abwarten, wo sie demnächst ihr Fähnchen hissen sollten, müssen sich zur offenen freien Gesellschaft bekennen. Bürgermeister, Landräte und Verwaltungsgestellte dürfen sich nicht mehr hinter ihrem Amt verstecken, dass sie angeblich zu Neutralität verpflichtet. Sie sind auf die Verfas-

sung vereidigt und verpflichtet die Feinde der Verfassung mit allen legalen Mitteln zu bekämpfen. Nazikonzerte dürfen nicht kommentar- und widerstandslos hingenommen werden. Das Versammlungsrecht bietet Möglichkeiten, die es Nazis weniger angenehm machen. Darüber hinaus kann eine Stadt mit Plakaten und Transparenten den Nazis zeigen, dass sie unerwünscht sind.

Die Polizei ist gefordert, als Partner derer zu agieren, die die Demokratie verteidigen. Schuldirektoren und Lehrer müssen Vorbild sein für ihre Schüler, und sie zur Teilnahme am demokratischen Prozess ermuntern.

Unsere Gesellschaft bietet eine große Vielfalt an Beteiligungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten. Die Ratssitzungen sind öffentlich. Oft gibt es Bürgerfragestunden und Einwohnerversammlungen. Abgeordnete von Bundestag und Landtag haben Bürgerbüros und es gibt Bürgersprechstunden. Jeder hat die Möglichkeit, in Parteien und Organisationen mitzuarbeiten. Angesichts der Vielfalt unserer Medienlandschaft sind die Möglichkeiten, sich zu informieren riesig.

Dies alles sind Errungenschaften, die über Jahrhunderte erstritten wurden. Zuletzt gingen 1989 viele Menschen auf die Straße, um mit dem Ruf „wir sind das Volk“ den Funktionären des Staates klarzumachen, dass sie sich fortan einmischen werden. Der heutige Ruf „wir sind das Volk“ ist ein böser Missbrauch des Freiheitsrufes vom Herbst 1989. Jetzt zielt dieser Ruf auf die Ausgrenzung von Menschen und auf die Abschaffung genau der Freiheitsrechte, die damals erkämpft wurden.

Die Ideologie der extremen Rechten führt zu einem autoritären Staat, zu Deportationen, einer internationalen Isolation und letztlich wieder zu Gewalt und Krieg. Nationale Überheblichkeit und nationaler Egoismus zerstören die friedlichen Beziehungen unter den Ländern.

Unsere Gesellschaft ist keineswegs perfekt. Aber sie ist es wert, mit Hilfe aller Beteiligungs- und Freiheitsrechte mitzugestalten und sie zu verbessern.

Stehen Sie auf. Schließen Sie sich einer demokratischen Partei oder Wählergruppe, einem Bündnis gegen Rechtsextremismus oder einem Verein an, der die demokratische Kultur för-

dert. Entwickeln Sie Ideen und nutzen Sie die Möglichkeiten der Lokalen Aktionspläne für demokratiefördernde Projekte. Gehen Sie zu Versammlungen, Kundgebungen und Demonstrationen, um Neonazis nicht ihre Stadt oder Gemeinde zu überlassen. Wir müssen unsere Vision einer freien, gerechten, hellen und menschenfreundlichen Gesellschaft gegen die Düsternis und Enge der rechten Ideologie setzen. Wenn es uns nicht gelingt, gemeinsam Nazis entgegenzutreten, haben wir aus dem millionenfachen Tod von Auschwitz nichts gelernt.

**Schleusinger Bürgerbündnis
gegen Rechtsextremismus**